

# Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal  
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die 77 mm breite Zeile 30 Pfg.  
Reklamezeile 50 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten  
„Idsteiner Zeitung“ — Auflage 2100 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis

monatlich 70 Pfg. mit Fringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N<sup>o</sup> 97.

Donnerstag, den 21. August

1919.

## Politisches.

### Deutsche Nationalversammlung.

mz. Weimar, 15. August.

Die Nationalversammlung behandelte heute Interpellationen wegen der

#### Kohlennot

und damit gleichzeitig den Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft, der in allen drei Lesungen angenommen wurde. Gleichzeitig wurde eine Entschliebung Voebue angenommen, die zur Verhinderung der furchtbaren Folgen der Kohlennot und der dem Volke drohenden Katastrophe schnelle und durchgreifende Maßnahmen fordert und als solche bezeichnet: Erhebliche Erhöhung der Kohलगewinnung und regelmäßige Abtransporte, Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, Erlass eines Reichsberggesetzes und eines Reichsknappschaffsgesetzes, schleunigste und genügende Beschaffung von Wohnungen, Einlegung von zwei vollen Förderseilen, regelmäßige Bestellung von Eisenbahnwagen und Durchführung der Sozialisierung. Sämtliche Redner betonten den Ernst der Lage und forderten dringend das Höchstmögliche der Leistungen bei den Forderungen, aber auch Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiter. Reichsarbeitsminister Schmidt betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Förderungssteigerung und stellte vermehrte Heranziehung von Arbeitern nach dem Ruhrrevier in Aussicht. Der Minister wies in seinen weiteren Ausführungen auf die großen Schäden hin, die der Allgemeinheit durch den Terror einer kleinen Partei von Streikführern zugefügt werden und betonte die Notwendigkeit starker Abwehrmittel gegen diese Feinde der Gesellschaft.

Reichsminister Schmidt: Es ist noch nicht gelungen, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß der Notstand am wirksamsten durch gesteigerte Tarifverhandlungen ihrer Leistungsfähigkeit in einem beschränkten Zeitraum und durch Verlängerung der Arbeitszeit während einer bestimmten Zeit um eine Stunde bekämpft werden kann. Vielleicht gelingt die Überwindung dieses Mißtrauens gegen diesen Vorschlag bei den augenblicklichen Tarifverhandlungen. Die Arbeiterschaft im Kohlenbezirk möge sich vergegenwärtigen, daß dies die Industriearbeiterschaft von ganz Deutschland für den kommenden Winter in die schwerste Gefahr bringt. Deshalb appelliere ich von dieser Stelle aus an das Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeiterschaft hinsichtlich der Reform des Knappschaffswesens zu entsprechen. Für den Hausbrandbedarf in den großen Städten wird durch die Fortverwertung Holz gestellt werden müssen. Wir sind selbst bereit, trotz aller schweren entgegenstehenden Bedenken amerikanische Kohlen für die Industrie einzuführen, um dadurch einen Ausgleich zu schaffen. Durch alle diese Maßnahmen werden aber nur hier und da einige Notstände beseitigt. Das größte Uebel ist die Zerrüttung des Transportwesens. Die Eisenbahnverwaltung ist heute nicht einmal mehr in der Lage, für die vollständige Abfuhr der Bestände aus den Halben zu sorgen. Mit Entsetzen sehe ich dem Zustand entgegen, der eintreten muß, wenn das Wagenmaterial für die Abfuhr von Kohlen, Rüben usw. in Anspruch genommen werden muß. Dann bleibt kaum ein anderes Mittel übrig als die Einstellung des Personenverkehrs. Die Partei, die nicht wegen ihrer Größe, sondern wegen ihres rücksichtslosen Terrors Einfluß hat, sucht die revolutionären Arbeiter zu mißbrauchen, um durch Streiks das gesamte Wirtschaftsleben zu erschüttern. Der oberste Streik ist eines der freudvollsten Unternehmen, welches auf diese Taktik zurückzuführen ist. Leider fehlt der Arbeiterschaft die notwendige Aufklärung, um sich die gewissenlosen Agitatoren fernzubalsten. Diese Partei und ihre Organe bilden eine Gefahr, der mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Wenn die Regierung gegen die klare Parole einer nicht einflussreichen Partei zu starken Mitteln greift, so tut sie das aus der Notwendigkeit, verbrecherische Maßnahmen entschieden zu bekämpfen. Die kommunistische Partei hat nur ein politisches Programm: ihre Politik und Taktik darauf einzurichten, daß unsere Wirtschaft schnell verfällt. Nur unter unklaren und unreifen Köpfen kann sie eine starke Anhängerenschaft gewinnen für das verbrecherische Bestreben, unser Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrundes zu führen. Die Regierung ist dankbar für jede Anregung, die die Kohlennot behebt. Sie nimmt jede Unterstützung an, von der das Gedeihen und die Sicherheit der deutschen Republik zu erwarten ist.

#### Die Nationalversammlung

hat am Samstag in dritter Lesung endgültig angenommen: Das Gesetz gegen die Kapitalsucht, die Gesetze über eine außerordentliche Kriegsabgabe, und eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, das Grunderwerbssteuergesetz, das Zündwarensteuergesetz und das Spielkartensteuergesetz.

#### Reichstag oder Nationalversammlung.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Weimar, 15. Aug.: Bekanntlich ist in einem vorgestrigen Erlaß der Reichsregierung die Amtaufhebung der Nationalversammlung in den Reichstag vollzogen worden. Auch die letzten Gesetzesvorlagen waren bereits an den Reichstag gerichtet. Bei dieser Namensänderung ist der Reichsregierung ein

Verzelen unterlaufen. In den Uebergangsbestimmungen der Verfassung ist ausdrücklich das Fortbestehen der Nationalversammlung vorgesehen, und es ist gesagt, daß sie bis zur Einberufung des ersten Reichstages — schon daraus geht hervor, daß sie selbst nicht der erste Reichstag ist — lediglich die Funktion des Reichstages versieht. Gestern hat sich der Ältesten-Ausschuß der Nationalversammlung mit dieser Frage beschäftigt und einstimmig beschlossen, daß das jetzige Parlament die bisherige Bezeichnung „Verfassunggebende Nationalversammlung“ weiterführt. An dem Namen „Verfassunggebend“ würde man sich nicht stoßen, da von vornherein die vorläufige Verfassung die Aufgabe der Nationalversammlung nicht auf die Verfassung beschränkt hat, sondern sie auch auf den Friedensschluß und die von der Regierung als besonders wichtig erklärten Gesetze ausdehnte. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung verkündete der Präsident Fehrenbach diesen Beschluß des Ältesten-Ausschusses mit der Feststellung, daß die Nationalversammlung allerdings die Rechten und Pflichten habe, die die Verfassung dem Reichstag gibt, aber nicht den Namen. Die Einleitungen der der Nationalversammlung überreichten Gesetze werden entsprechend geändert. Die Regierung hat sich bereits mit der Beibehaltung des früheren Namens einverstanden erklärt.

#### Wünsche nach Neuwahlen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Umbenennung der bisherigen Nationalversammlung in „Reichstag“ wird von einem Teil der Presse dahin gedeutet, daß Neuwahlen bis auf weiteres nicht stattfinden sollen, und daß die Regierung die Absicht verfolge, die gegenwärtige Parteizusammensetzung der Volksvertretung weiter bestehen zu lassen. Die stärkste Kritik übt die „Freiheit“, indem sie von einem ungeheuren Betrug spricht, der einem Staatsstreich nahekomme. Dem unabhängigen Blatt stimmt bezeichnenderweise die konservative „Kreuzzeitung“ bei, was sich aber leicht darunter erklären lassen dürfte, daß sowohl die äußerste Linke wie die Rechte Interesse an baldigen Neuwahlen haben, die ihnen ihrer Ansicht nach eine stärkere Vertretung im Reichsparlament bringen werden, als die Januarwahlen. Demgegenüber berufen sich die Blätter der Mehrheit und das Regierungsorgan darauf, daß die Nationalversammlung außer der Verfassung auch noch sonst „dringende Reichsgesetze“ zu verabschieden habe, zu denen in erster Linie die Finanzgesetze gehörten. Im übrigen wird von dieser Seite entschieden bestritten, daß die Regierung um Neuwahlen herumzukommen suche; vielmehr würden diese so bald als möglich ausgeschrieben werden.

#### Generaloberst von Beseler erklärt.

In ausführlicher Weise verteidigt sich, einer Berliner Blättermeldung der „Köln. Ztg.“ zufolge, der ehemalige Generalgouverneur von Polen, Generaloberst v. Beseler, gegen die Anschuldigungen, die er seinerzeit wegen seiner überstürzten Abreise aus Warschau und der damit verbundenen Vorgänge bei der Auflösung des Generalgouvernements sich zugezogen hatte. Der Kernpunkt seines Rechtfertigungsversuchs ist der, daß die — einer ihm von den Reichsbehörden gemachten Zusage zuwider — erfolgte Freilassung des polnischen Agitators Pilsudski und dessen Rückkehr nach Warschau ihm eine weitere Tätigkeit dort unmöglich gemacht hätten, zumal die deutschen Truppen in Warschau mit geringen Ausnahmen jegliche Manneszucht abgestreift und den Einfluß der Offiziere vollständig ausgeschaltet hätten. Zum Schluß heißt es:

„In der Nacht vom 10. zum 11. Novbr. traf ein letztes Telegramm der Obersten Heeresleitung ein, in welchem von dem „bisherigen“ Generalgouvernement und der erfolgten Unterstellung der Truppen unter Ober-Ost gesprochen wurde. Ich setzte nunmehr meine Abreise auf den 12. November fest, da tatsächlich meine militärische wie meine

Verwaltungstätigkeit beendet war und ich als bisheriger Vertreter des Deutschen Reiches durch mein Verbleiben unter den obwaltenden Umständen die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in hohem Maße gestört haben würde. In dieser Auffassung mußte ich bei der überwiegenden Bedeutung der politischen Lage festhalten, und deshalb mußte ich, mein dem soldatischen Empfinden entsprechender Wunsch, mit meinen Offizieren gemeinsam das Land zu verlassen, zurücktreten.“

#### Persien im englisch-indischen System.

Aus Versailles wird berichtet: In auffallender Weise verbreiten Temps und Journal des Debats die Nachricht, daß der Schah von Persien infolge eines mit England abgeschlossenen Abkommens und der deshalb in Teheran entstandenen Unruhen nach Europa abgereist sei. Durch das Abkommen werde ihm zwar die Unabhängigkeit und Anantastbarkeit zugestanden, Persien aber unter englische Schutzherrschaft gestellt werden. Die persischen Finanzen und die persische Armee sollen unter englische Aufsicht kommen. England stellt die Ausbildungsoffiziere und liefert moderne Waffen. Kein Staat außer ihm darf noch Beamte nach Persien entsenden. England gewährt Persien eine Anleihe von ungefähr einer Milliarde Franken, leistet aber vorerst nur zwei Millionen Pfund Sterling Anzahlung, eine Summe, die das „Journal“ als in keinem Verhältnis zur politischen Bedeutung des Vertrages stehend bezeichnet. England sichert Persien auch seinen Beistand zu, um geldliche Entschädigungen sowie Gebietsruderwerbungen zu erlangen, die im gemeinsamen Interesse Englands und Persiens liegen. Die persische Delegation, die sich seit Januar in Paris befindet, ist aufgelöst worden. Der „Temps“ stellt fest, daß die Forderungen der persischen Regierung an die Friedenskonferenz niemals vom Obersten Rat der Alliierten noch von der interalliierten Kommission behandelt worden sei. Das Journal des Debats bemerkt: Persien füge sich nunmehr in das englisch-indische System ein. Die englisch-indischen Agenten hätten diesen Verstoß machen können, denn in dem leeren Raume, den sie vor sich hatten, baue sich das neue britische Protektorat auf. Während sich die Friedenskonferenz, ohne Entscheidungen zu finden, um die Probleme Mitteleuropas bemühe, erziele eine Politik, die wisse, welche sehr großen Vorteile sie aus dem Kriege ziehen könne, Erfolge und verwirklichte große Veränderungen im Orient. Das „Journal des Debats“ hofft, daß Frankreich durch Zugeständnisse an anderen Teilen des Orients entschädigt werden wird; es spricht aber diesen Wunsch nur resigniert aus. Die rechtsstehende „Liberte“ äußert sich recht scharf, indem sie die Erklärung, Persien behalte seine Unabhängigkeit und Integrität, stark ironisiert. England sei, um Indien zu schützen, nach Ägypten gegangen und dort geblieben. Es schütze angeblich Afghanistan, richte sich Mesopotamien häuslich ein, habe sogar den König des Hedschas erfunden, den gefährlichen Panarabismus ermutigt, Palästina behalten und mache sogar Miene, das durch einen Vertrag vom Jahre 116 Frankreich zugesprochene Syrien diesem streitig zu machen. Das Blatt meint, daß angesichts dieser Vorgänge der arme Völkerbund, den Frankreich alliierte ihm als eine Garantie, die schwerer wiege, als der Besitz der Rheinufer, gegeben hätten, von keinem Menschen ernst genommen werden könne.

#### Eine Monarchie in Rußland?

mz. Amsterdam, 16. Aug. Die englischen Blätter vom 14. August bringen eine Meldung der „Whireless-Press“, wonach bei einer in Estonien stattgehabten Zusammenkunft der russischen Monarchisten die russische Krone dem Fürsten Krapotkin und auf dessen Weigerung hin Romanowsky, einem Mitglied der Romanow-Familie, angeboten wurde. Romanowsky habe sich zur Annahme bereit erklärt.



### Dr. Dorten.

Wie aus Köln gemeldet wird, wurde dort Dr. Dorten von der Polizei verhaftet, später aber wieder freigelassen.

Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt dazu unter der Ueberschrift „Ein politischer Vorgang“ folgendes:

„Die „Rheinische Zeitung“ und nach ihr der „Stadt-Anzeiger“ der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichten eine Meldung von der Verhaftung eines Herrn aus Wiesbaden durch die hiesige Polizei, die am Mittwoch, 13. August, im Auftrage der Berliner Regierung erfolgt sei. Die Verhaftung dieses Herrn geschah in der Wohnung der Frau Elise Zacherl, der Gattin des Redakteurs an der „Kölnischen Volkszeitung“ Dr. Karl Zacherl, als diese gerade mit mehreren Herren des am 4. August eingesetzten Arbeitsausschusses zur Lösung der Rheinlandfrage eine Besprechung hatte. Um keine falschen Ausdeutungen dieser Vorgänge und ihrer Begleitumstände aufkommen zu lassen, erklärt die Redaktion der „Köln. Volkszeitung“, daß sie mit der Tätigkeit des genannten Ausschusses nichts zu tun hat, sondern auf dem Boden der vom Augustinusverein in seiner Versammlung vom 6. August („Köln. Volksztg.“ Nr. 611 und 612) angenommenen Entschliebung steht. Herr Dr. Zacherl, der seit acht Tagen in Bayern in Urlaub weilt, steht den erwähnten Vorgängen durchaus fern.“

mz. Versailles, 16. Aug. Das „Journal“ läßt sich in einem langen Artikel seines Mainzer Sonderberichterstatters melden, der Gedanke der rheinischen Republik habe erheblich an Ausdehnung gewonnen. Der Bericht läßt durchblicken, daß die Sache so weit gediehen ist, daß Dr. Dorten der Wunsch einer Volksabstimmung vom Obersten Rat wahrscheinlich nicht abgelehnt werden könne.

### Glückspilz.

Von Marguerite Diez.

Die Not tut durch die Lande gehn,  
Ein Ei war teurer als sonst zehn.  
Doch als ich ging am Waldesamm,  
Da fand ich einen Eierchwamm,  
Schön bottergelb im Moos.  
Dann wünscht ich mir im grünen Hain  
Recht frischgebackne Brötchen sein.  
Und siehe da, der Wald, der will's,  
Daß vor mir wächst ein Semmelpilz,  
Gesformt wie's schönste Brötchen.  
Da mir die Milch zur Semmel fehlt,  
Hab' ich den Milchling mir erwählt,  
Und sehn' ich mich nach Butter, gill's,  
Daß gleich mich grüßt der Butterpilz  
Mit glänzend braunem Hute.  
Ihr seht, daß ich ein Glückspilz bin,  
Doch eins liegt schwer mir noch im Sinn:  
Der Jäger, er, der will mich fre'n;  
Soll ja ich sagen oder nein?  
Wer hilft wohl meinem Schmerze?  
Soll ich ihn nehmen oder nit?  
Den Wald ich um ein Zeichen bitt',  
Da stand am Wege, wo ich ging,  
Ein wunderschöner Schwammerling,  
Gestaltet wie ein Herze.  
Nun lad ich euch ins Jägerhaus  
Zum Eier-Butter-Semmelchmaus  
Und will dem Wald zum Lobe dank  
So lustig als ich singen kann,  
Das Lied vom Glückspilz singen.

### Aus nah und fern.

Idstein, den 20. August 1919.

— Die kommenden Gemeindevahlen. Nach einer an zuständiger Stelle der Kölner Stadtverwaltung eingegangenen Mitteilung, hat Marschall Hoch die Abhaltung der Stadtverordnetenwahlen genehmigt. Wie man hört, soll diese vom Oberkommandierenden der Alliierten erteilte Genehmigung auch für das französisch besetzte Gebiet Gültigkeit haben, so daß man demnach auch für hier mit Stadtverordnetenwahlen in absehbarer Zeit zu rechnen haben wird.

### Die Frau im deutschen Sprichwort.

Kein Volk hat einen größeren Schatz an Sprichwörtern als das deutsche. Sein Denken und Fühlen drückt es in denselben kurz und bündig oft besser und treffender aus, als es die Gelehrten in seitenlangen Abhandlungen manchmal vermögen. Ein bekannter Sprachforscher hat den Sprichwörtertschatz des deutschen Volkes „altes Gold“ genannt, sein Wert ist geblieben, aber die Neuzeit hat oft den Glanz getrübt. Besonders zahlreich und treffend sind die Sprichwörter über die Frau, ihre Art und ihr Wesen, wie sie ist und wie sie sein soll. Am Familie und Haus, um Stadt und Staat würde es besser stehen, wenn alle Mütter und Töchter der alten Mahnung gedächten, daß „eine Frau soll der Schneden Art haben.“ Sebastian Frank hat dieses Sprichwort dahin erklärt, daß eine Frau stets Sorge für ihr Haus tragen soll und meist daheim bleiben soll, sonst ergeht es ihr wie den Schneden, die da sterben und verderben, wenn sie die schützende Hülle des Hauses verlassen. Ein anderes Wort sagt dasselbe „die Frau und der Stubenofen gehören ins Haus.“ Dagegen aber heißt es auch „Ist eine liebe Frau im Haus, so lacht die Freude zum

— Ueber die Landwirte-Versammlung am vorletzten Sonntag entnehmen wir dem „Nass. Bauernblatt“ folgendes: Im Saale des Gasthauses „Zum Löwen“ fand eine außerordentlich stark besuchte landwirtschaftliche Versammlung statt, in der Dr. Horny von der Landwirtschaftskammer Wiesbaden über die Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes und die Bildung von Bauernschaften in den Gemeinden des Unterraunkreises sprach. Dr. Horny kennzeichnete die Absichten und Ziele, welche die Landwirte des Nassauer Landes bisher in ihren Organisationsbestrebungen verfolgt haben und für die Zukunft verfolgen wollen. Die einzelnen Schritte, die zu tun sind, um in jeder Landgemeinde eine Bauernschaft zu organisieren, wurden von dem Redner erklärt. Der Versammlungsleiter, Herr Direktor Leber-Idstein, behandelte in Ergänzung die Ausführungen des Referenten, den Aufgabenkreis der Bauernschaften und betonte, daß in diesem Aufgabenkreise vor allem auch die Förderung des ländlichen Bildungswesens und die ländliche Jugendspflege gehören werden. Wer die Jugend habe, habe die Zukunft. Bittere Klagen wurden in Bezug auf die ungemein gestiegenen Druskosten bei Maschinenbruch laut. Dr. Horny teilte mit, daß die Landwirtschaftskammer auf Veranlassung der Kreisbauernschaften bereits eine Eingabe an das Reichsernährungsministerium gerichtet habe. Die Eingabe habe den Zweck, den Landwirten die früher in Aussicht gestellte Druskprämie für das Dreschen des Brotgetreides bis zu einem bestimmten nicht zu fernem Zeitpunkt zu sichern und dadurch eine schwere Gefahr für die Volksernährung abzuwenden. Hervorgehoben wurde aus der Versammlung ferner auch die Tatsache, daß einstweilen die Kohlenversorgung der Dreschmaschinen völlig problematisch sei. Herr Herz-Idstein bat, es möchten rechtzeitig Schritte getan werden, um den Pflanzgutbedarf für Kartoffeln für das Jahr 1920 und die Freizügigkeit des Pflanzgutes sicher zu stellen. Er verweist dabei, auf die Mängel, die im Frühjahr 1919 zu beklagen waren und die eine starke Beeinträchtigung der Kartoffelernte des Jahres 1919 begründen. Ferner wurde verlangt, die Organisation der Landwirte des Unterraunkreises müsse sofort Schritte tun, um die Herabsetzung des hohen Ausmahlungspreises des Brotgetreides auf 80 Prozent Ausmahlung zu erwirken, damit endlich wieder besseres Brot und gleichzeitig Kleie als Futtermittel gewonnen würden. Herr Hirtens-Waldorf beantragte für die Kartoffelbewirtschaftung der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1919 dahin zu wirken, daß jeder Versorgungsberechtigte gegen Kartoffelkarte seinen Bedarf bei dem ihm bekannten Erzeuger, bezw. bei seinem alten Lieferanten decken könne. Die Versammlung beschloß, durch die Kreisorganisation entsprechende Eingaben an die zuständigen Stellen zu richten.

— Öffentliche Versammlung zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen. Die im März d. Js. nicht zugelassenen Wahlen im besetzten Gebiet sollen nunmehr — wie die Zeitungen zu melden wissen — demnächst stattfinden. Für unser Städtchen erhalten sie eine besondere Bedeutung noch dadurch, daß auch ein Wechsel des Bürgermeisters und seines Stellvertreters in Bälde stattfinden, wie die letzte Stadtverordneten-Versammlung dargetan hat. Diese war auch der Anlaß für die Einberufung der Versammlung am 16. August im Hotel „Zum goldenen Lamm“. Sie wurde vom Einberufer, Herrn Haack, sozulagen im Namen der hiesigen Gewerkschaften eröffnet und von ihm mit einigen Worten über Anlaß und Zweck eingeleitet. Hierauf meldete sich Herr G. Zeig um Wort und bestritt die Berechtigung des Einberufers zu dessen Vorgehen. Trotz einiger stürmischer Für- und Widerreden nahm jedoch die Versammlung einen ruhigen und sachlichen Verlauf. Ueber das Thema des Abends: Die Wichtigkeit der städt. Wahlen verbreitete sich nun Herr Bordune — höchst in eingehender Darstellung des bedeutsamen Problems. Er zeichnete mit kurzen Strichen das alte System der Gemeindeförperschaften und seiner Mängel, um dann die Richtlinien aufzustellen für die neue Gestaltung der Dinge, deren Bedeutung für ihn zunächst in der Geltendmachung

Fenster hinaus.“ Und beim sorgsamem Walten einer Frauenhand, muß auch der größte Schmerz verstummen, denn „wo eine Frau ist, da geschieht dem Kranken kein Weh“. Das deutsche Sprichwort hält den Frauen einen Spiegel vor, denn es sagt, daß „kein Kleid dem Weibe besser steht als Schweigen“. Wieviel Aerger würde wohl vermieden werden, wenn dieser Spruch als Leitwort auf alle Einladungen zu Kaffee- und Teegesellschaften gedruckt würde. „Entweder Federhut oder Bettelstange“ sagt ein Sprichwort von den Frauen, die nicht rechnen können, und ein anderes, „wenn die Armut zur Türe einget, fliegt die Liebe und der Frieden zum Fenster hinaus.“ Ueber die bösen Frauen sagt das Sprichwort, solche „machen den Mann grau“ — „sie sind ihres Mannes Totengräber“ — „sie werden ihm zum Gottesgericht“. Ein weiterer Vergleich steckt in dem Sprichwort von der guten und sorgsamem Frau, die „dem Manne ein Gewicht ist“, wie nämlich durch dieses eine Uhr in regelmäßigem, genauen Gange erhalten wird, so wird der Mann durch die Frau zu Segen bringendem Tun und zu fröhlicher Arbeit angehalten. Der Mann soll immer daran denken, daß „Schönheit vergeht, nur Tugend feststeht“ und daß „Häuslichkeit das beste Heiratsgeschick ist“, „eine gute Hausfrau kann aus der Kartoffel viele Gerichte machen“. Was unweiblich ist, das soll schon die weibliche Jugend

der Mitbestimmungsrechte des arbeitenden Proletariats und der Frauen zu suchen ist. Auf Einzelheiten seiner Rede einzugehen, ist hier nicht möglich, doch sei darauf hingewiesen, daß der Vortragende seine Forderungen im Sinne des Allgemeininteresses formuliert und dementsprechend ein Programm aufgestellt hatte, das allen beteiligten Interessengruppen voll und gerecht wird. Die Ausführungen des Herrn Bordune wurden weiter durch die Wiesbadener Herren Redakteur Lieser und Stadtverordneten A. Dietrich wirkungsvoll ergänzt, wobei diese aus ihren Wiesbadener Erfahrungen passende Beispiele boten. Ueber die Absichten der Versammlung äußerte sich entsprechend Herr Stadtverordneter E. Hoffmann. In seiner Schlussansprache sagte endlich Herr Bordune die zutage tretenden Ansichten zusammen, dabei zugleich der Eingabe der Arbeiterkraft das Wort redend, worauf Herr Haack die gutbesuchte Versammlung schloß.

mz. Die Einreise-Erlaubnis. Das Zivilkommissariat in Frankfurt a. M. teilt mit: Die auch in die übrige Presse gelangte Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“, daß die Einreise in das besetzte Gebiet aus vierzehn Tagen gesperrt sei, entspricht, wie das Armeekorpskommando 10 mitteilt, in nichts den Tatsachen. Die Einreise in das besetzte Gebiet vollzieht sich nach wie vor in der bisherigen Weise. Das Zivilkommissariat IV teilt ferner mit: Die Verkehrs-erleichterung, nach der zur Einreise in das besetzte Gebiet der übliche deutsche Reisepaß mit einem Bismarck von franz. Militärbehörde genügt und außerdem dem Einreisenden Meldung bei dem Administrateur militaire des betreffenden Kreises auferlegt wird, tritt bereits in den nächsten Tagen in Kraft. Die näheren Bestimmungen werden sofort nach der amtlichen Uebermittlung der Neuordnung veröffentlicht.

— Landverband für Nassau und den Kreis Wehlar. Die Zentralorganisationen der Landwirtschaft im Nassauer Lande haben sich am 13. d. Mts. zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Landverband für Nassau und den Kreis Wehlar“ zusammengeschlossen. Die Glieder der Vereinigung sind die Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlar mit ihren angeschlossenen Kreisorganisationen, die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, der Verband der Nassauischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation in Frankfurt a. M. und der Verband Nassauischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Wiesbaden. Der Zweck des Zusammenschlusses ist die gemeinsame Bearbeitung aller Fragen, welche die Landwirtschaft, und zwar speziell die bäuerliche Landwirtschaft, in dem schweren Daseinskampfe, in den sie jetzt gestellt ist, betreffen.

— Ein Aufruf an die Mütter. Die Kreiswohlfahrtsämter wenden sich an die Mütter mit einem Aufruf, worin es im Interesse der Gesundheit der Säuglinge ermahnt, in den heißen Monaten ohne ärztliche Anordnung keinesfalls die Kinder von der Brust abzusetzen, die Kinder ganz oder loder gelinde strampeln zu lassen, sie nicht etwa in die Küche, sondern ins kühlste Zimmer zu stellen, die Sonnenhitze abzuhalten und die Räume morgens und abends gut zu durchlüften. Die Kinder seien mehrmals kalt abzuwaschen, ihnen nicht mehr, eher weniger Milch zu reichen und gegen den Durst dünnen Tee mit möglichst wenig Zucker. Sauger und Flasche seien gleich nach dem Gebrauch zu läubern, die Milch sei morgens gleich abzukoche, schnell abzukühlen und kühl hinzustellen. Bei Durchfall wird geraten, nur Tee mit wenig, besser noch ganz ohne Zucker zu reichen und im übrigen sofort zum Arzt zu schiden.

— Entlassung der Jahrgänge 1898 und 1899. Nach einem kriegsministeriellen Erlaß sind infolge der Herabsetzung der Stärke der Grenzschutztruppen und ihrer Uebernahme in die Reichswehr die auf Grund der Wehrpflicht bei Grenzschutzinformationen noch zurückbehaltenen Heeresangehörigen der Geburtsjahrgänge 1898 und 1899 baldigst zu entlassen.

— Aufruf und Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918. Die Reichsbank wiederholt ihre Bekanntmachung betreffend den Aufruf ihrer 50 Mark-Noten mit dem Datum vom 20. Oktober 1918. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 10. Sept. 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahl-

meiden: „wenn Mädchen pfeifen, und Hühner krähen, soll man beiden den Hals umdrehen“. Nun, so hart wird es mit den Mädchen wohl niemand machen. Aber daß „es leichter ist einen Korb voll Flöhen zu hüten, als ein Duzend Rädglein“, das wird wohl mancher schon empfunden haben. An das gute, altdeutsche Wort „Weib“ knüpfen sich viele Sprichwörter, meist jedoch nicht in gutem Sinne. So heißt es: „Ein böses Weib ist des Mannes Schiffbruch“, denn einem bösen Weibe kann niemand steuern — „wo das Weib allein Meister ist, tut selten gut“ und „ein böses Weib leiht dem Manne das Herz ab“. Zwar „strafft man ein böses Weib am besten durch Schweigen“, aber der nachgiebige Mann ist doch bedauernswert, denn „ein blinder Mann ist ein armer Mann, doch der ist noch ein viel ärmerer Mann, der sein Weib nicht zwingen kann.“ Alles was der Volksmund im Sprichwort der Frau Böses nachsagt, wird aber durch einen Ausspruch wieder gut gemacht, der da heißt „einer Mutter ist das kränkste Kind das liebste“. Zum Schluß soll noch ein Sprichwort genannt werden, das der viel geschmähten und oft verkannten Schwiegermutter Anerkennung und Schutz gewährt, denn es sagt: „eine alte Frau im Haus ist ein guter und fester Zaun drum“.



ung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50 Mark-Noten vom 20. Oktober 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50 Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder einem Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Versäumt man den 10. September 1919, so kann man die Noten nur noch bei der Reichshauptkasse in Berlin eintauschen, die eine Einlösung aber auch nur bis zum 10. September 1920 vornimmt. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 20. Oktober 1918 handelt, die auf der Vorderseite links ein grünes Bierstück und rechts daneben den Ausdruck in einer quadratischen dunkelbraunen Umrahmung tragen. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die andern auf 50 Mark lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten, unter letzteren auch die Ausgabe vom 30. November 1918, deren Ausdruck auf der Vorderseite von einem gewellten Rahmen umgeben ist und deren Rückseite ein freies Mittelfeld aufweist. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliches Zahlungsmittel, müssen also auch von jedermann ferner in Zahlung angenommen werden.

— **Das Herbstgemüse frei!** Nach einer m. z. Meldung aus Berlin erklärte sich Reichsernährungsminister Schmidt damit einverstanden, daß das Herbstgemüse von jeder Zwangsverpflichtung befreit bleibt.

— **Das französische Militär-Oberpolizeigericht in Wiesbaden** hatte sich am Donnerstag mit dem im Wiesbadener Hotel Kaiserhof kürzlich aufgehobenen Spiellub insofern zu beschäftigen, als es sich für die französische Behörde hierbei um eine Versammlung handelte, die nicht angemeldet und nicht genehmigt worden war. Das Gericht verurteilte wegen Abhaltung dieser nicht genehmigten Versammlung den Kaufmann Otto M. zu einer Geldstrafe von 5000 Mark, den Rentner Wilhelm B. und den Direktor vom Kaiserhof E. zu je 3000 Mark, sowie Frau Anni S. und Frau Lilli K. zu je 1000 Mark Geldstrafe. Die Spielaffäre an sich wird das deutsche Gericht demnächst beschäftigen. — In der gleichen Sitzung wurden weiters folgende Fälle abgeurteilt: Der Fabrikarbeiter Heinrich F., 32 Jahre alt, und der 20jährige Fuhrmann Wilhelm U., beide aus Niederreifenberg, wurden kürzlich 100 Meter von der neutralen Zone entfernt in besetzten Gebiete im Walde von einer Patrouille angehalten, als sie auf einem zweispännigen Wagen acht Zentner Speck über die Grenze schmuggeln wollten. Das Gericht nahm U. wegen Schmuggels in eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und 300 Mark Geldstrafe, F. wegen Beihilfe zu einem Monat und 1000 Mark. — Der Bürgermeistersekretär Wilhelm J. in H a b n im Taunus war angeklagt wegen feindlicher Haltung gegenüber den Besatzungstruppen, wegen beleidigender Reden gegen dieselben und Abhaltung einer Versammlung ohne Genehmigung. J. bekam vier Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Wiesbaden, 16. Aug. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag in der Kiesgrube bei Klarenthal. Dasselbst hatte sich ein größeres Felsstück losgelöst und war so unglücklich auf den in der Grube beschäftigten Tagelöhner Anton Göttert, Seerobenstraße 11 wohnhaft, gefallen, daß ihm beide Beine zerschmettert wurden. Schwer verletzt wurde der Mann von der Sanitätswache nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, doch hofft man, ihn am Leben zu erhalten.

h Höchst a. M., 15. Aug. In den Farbwerken wurde der Arbeiter Peter Herborn aus Schwanheim durch überlaufende Säure derart am ganzen Körper verbrannt, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Höchst a. M., 18. Aug. „Is Ihne kaaner mit Klaader begegnet?“ Mit diesen Worten rannte gestern nachmittag auf dem Leinpfad unterhalb den Farbwerken ein splinternatter junger Bursche auf eine Gesellschaft von Herren und Damen zu, die sich auf dem Wege nach Kellertbach befand. Er berichtete ganz außer Atem, daß ihm, während er badete, seine Kleider gestohlen worden seien, und rannte dann wie besessen weiter. Ob der arme Kerl seine „Kluft“ wiederbekommen hat, konnte die Gesellschaft nicht feststellen.

h Bad Homburg v. d. H., 14. Aug. Der Schriftsteller Fritz Martin Rintelen, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bildungsausschusses für den Obertaunuskreis sich große Unterschlagungen zu schulden kommen ließ, wurde auf dem Frankfurter Hauptbahnhof verhaftet.

m. z. Frankfurt a. M., 18. Aug. Heute nachmittag wurden in Gegenwart der Spitzen der Behörden am Volksbildungheim gegenüber dem Sömeringdenkmal das Denkmal für Philipp Reith, des Erfinders des Telefons, in feierlicher Weise enthüllt.

Frankfurt a. M., 18. Aug. Der Holzarbeiterstreik in Frankfurt ist nach dreiwöchentlicher Dauer durch Nachgiebigkeit auf beiden Seiten beendet worden.

h Frankfurt a. M., 14. Aug. Der 13jährige Obertertiärer Ernst Knieeling erkrankt beim Baden im offenen Main. — Im Rangierbahnhof wurde heute nacht ein Eisenbahnbeamter von einem Zuge vollständig zerstückelt.

h Klein-Gerau, 14. Aug. Eine Feuersbrunst ächerte hier die Gehöfte der Landwirte Heinrich Reibstein, Adam Beder, Jakob Schamber und Adam Wenzel ein. Die gesamten Erntevorräte verbrannten, auch zahlreiches Kleinvieh kam in den Flammen um.

h Grenzhausen, 15. Aug. Der Kaufmann August Wortmann wurde im Keller seines Hauses an Händen und Füßen gefesselt erdroffelt aufgefunden. Allem Anschein nach liegt Raubmord vor, der von zwei fremden Leuten, die wenige Stunden zuvor sich in auffälliger Weise in dem Geschäft bemerkbar gemacht hatten, ausgeführt sein dürfte.

h Friedberg, 15. Aug. Für die Besetzung der hiesigen Bürgermeisterstelle durch einen Friedberger Herrn, dem Rechtsanwalt Dr. Seyd, fand hier eine Massendemonstration der Bürgerschaft gegen die Stadtverordnetenversammlung statt, die aus der großen Zahl der auswärtigen Bewerber, weit über 100, sieben fremde Herren für die engere Wahl zugelassen hat. Als eine Abordnung der gewaltigen aus allen Bevölkerungsschichten sich zusammengesetzten Volksmenge von der Stadtverordnetenversammlung nicht empfangen wurde, wäre es bald zu Unruhen gekommen, wenn nicht einflußreiche Bürger energisch zur Besonnenheit gemahnt hätten.

m. z. Marburg, 19. Aug. In der vergangenen Nacht wurden aus der Elisabethenkirche, die aus dem 14. Jahrhundert stammenden Teppichbilder „Der verlorene Sohn“ und „Das Gastmahl“ ausgeschnitten und gestohlen.

h Büdingen, 15. Aug. Hier ist die Errichtung einer Volkshochschule geplant. Die Eröffnung soll bereits im Oktober stattfinden.

Als Oberbesen, 14. Aug. Das Schicksal der Kirchenglocken kam bei Gelegenheit der neunten evangelischen Landesynode zur Sprache. Große Beunruhigung und Entrüstung herrscht besonders unter der Landbevölkerung, daß die zu vaterländischen Zwecken abgelieferten Glocken vielfach ganz anderen Zwecken zugeführt wurden, als beabsichtigt. Nach Mitteilungen des Geh. Oberkonsistorialrats D. Merk („Siebener Anzeiger“) sei eine oberhessische Gemeinde dem Verbleib ihrer Glocken nachgegangen und habe in Erfahrung gebracht, daß sie sich in einer Augsburger Zahnradfabrik befinden. Man fordere nunmehr statt 4 bis 6 Mark, die für das Kilo bezahlt wurden, 10 bis 15 Mark pro Kilo, wenn die vorhandenen Glocken zurückgegeben werden sollen. Auch darüber herrscht Empörung. Man habe für das Vaterland jenes Opfer gerne gebracht, und nun soll der Erlös daraus in die Hände einer Privatgesellschaft fließen?! Anderes Material soll nach Belgien und Nordfrankreich abgeliefert werden; man fordert Rückgabe desselben, soweit es noch vorhanden ist.

m. z. Mannheim, 18. Aug. In Speyer wurde der bekannte sozialistische Parteiführer und Stadtrat Friedrich Ober von den Franzosen verhaftet.

Schwabsburg, 12. Aug. Ein Diebeslager en gros wurde hier entdeckt. Durch die in letzter Zeit hier massenhaft ausgeführten Feld- und Hausdiebstähle veranlaßt, gelang es den eifrigen Nachforschungen, den Spitzbuben zu ermitteln. Die vorgenommene Hausdurchsuchung förderte ein richtiges Großlager von gestohlenen Felderzeugnissen, Äpfel, Bohnen usw., zutage. Die Sachen füllten ein ganzes Lastautomobil aus.

m. z. Versailles, 16. Aug. „Petit Parisien“ meldet aus Nancy vom 15. August: Der Urlaubszug von Metz fuhr bei Lunéville auf den Expreszug Paris—Straßburg, auf. Der Pariser Zug hatte keine Verletzte. Der Urlaubszug hatte 8 Tote und 34 Verwundete, wovon einige hoffnungslos verletzt sind. Die Ursache des Unglücks ist auf Versagen des Signals zurückzuführen.

**Letzte Meldungen.**

m. z. Berlin, 19. Aug. Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Die Neuregelung über den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet erfolgt nach einem Beschluß der interalliierten Kommission in Wiesbaden vom 9. d. Mts. folgendermaßen: 1) Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, die im unbesetzten Deutschland wohnen, erhalten die Einreiseerlaubnis für das besetzte Gebiet mittels eines Passes, der mit einem Visum der Militärbehörde der Besatzungsarmee versehen ist. 2) Angehörige der Alliierten können in das unbesetzte Deutschland einreisen mit einem Erlaubnischein, der durch die alliierte Militärbehörde der besetzten Zone ihres Einreisortes ausgestellt und mit einem Visum der deutschen Zivilbehörde versehen ist. 3) Für Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, die sich vom besetzten ins unbesetzte Deutschland begeben wollen, genügt der Ausweis einer militärischen Behörde der Besatzungsarmee. 4) Weiterseits der Grenze sollen Passbüros eingerichtet werden, und zwar militärische der alliierten Armeen im besetzten und bürgerliche im unbesetzten Deutschland. Ihre Einrichtung ist für die genannten Städte geplant, im besetzten Deutschland: belgische Zone Neuf, englische Zone Köln, amerikanische Zone Koblenz, französische Zone Mainz, Ludwigshafen und Landau; im unbesetzten Deutschland: belgische und englische Zone Düsseldorf, amerikanische Zone Limburg, französische Zone Frankfurt a. Main, Mannheim und Karlsruhe. 5) Zwischen den entsprechenden Stellen im besetzten und unbesetzten Deutschland wird zum Zwecke der Passübermittlung eine Automobilverbindung eingerichtet. 6) Reisen von deutschen aktiven Militärpersonen in das besetzte Deutschland haben in Zivil zu erfolgen. 7) Für Abgeordnete der besetzten Gebiete werden Personalausweise mit dreimonatiger Gültigkeit ausgestellt. Für Reisen deutscher Beamten ins besetzte

Gebiet zur Ausübung ihres Dienstes sollen vorläufig Spezialausweise ausgeben werden. Durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission ist umgehend das Notwendige zu veranlassen und das Datum der Einrichtung der bürgerlichen Passbüros im unbesetzten Deutschland mitzuteilen.

m. z. Weimar, 19. Aug. Die Nationalversammlung hat in der Nachmittagsitzung das Tabaksteuerengesetz mit unwesentlichen Änderungen angenommen, ebenso einen Vorschlag des Ausschusses für Volkswirtschaft auf Abbau der Zwangswirtschaft für Gummi und Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder und Lederwaren, ferner die Ausmahlung des Weizengetreides sofort auf 81 Prozent herabzusetzen. Darauf wurde nach längerer Aussprache das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung, soweit es die Erhebung der Steuern und die Bildung der Steuerbehörden betrifft, in zweiter und dritter Lesung angenommen und die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

m. z. Weimar, 19. Aug. Nach einem Beschluß des Ältestenausschusses der Nationalversammlung wird die Vereidigung des Reichspräsidenten am 21. August, nachmittags 6 Uhr, stattfinden.

m. z. Breslau, 19. Aug. Bonseiten des Kommandierenden Generals des 6. A. K. und des Staatskommissars für Schlesien und Westpreußen ist heute der verschärfte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln — mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neustadt, Neiße, Grottkau und Falkenberg — erklärt worden. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks. Alle Streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstätte zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

m. z. Breslau, 20. Aug. Da die Zufuhr von Kohle aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks vollkommen aufgehört hat, ist, wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Personenverkehr im Eisenbahnbezirk Breslau vom 22. August ab vorübergehend gänzlich eingestellt werden muß, um den Güterverkehr, vor allem die Beförderung von Lebensmitteln, aufrecht zu erhalten.

m. z. Berlin, 20. Aug. Der Berliner „Vol.-Anz.“ meldet aus Duisburg: Unter dem Druck der Besatzungsbehörden sind gestern morgen die in den Streik getretenen Bergleute der Zeche Rheinpreußen auf dem linken Rheinufer wieder zur Arbeit erschienen. Die Belgier hatten mit der Versöhnung der Streikenden, die auch die siebenstündige Schicht verlangt hatten, gedroht. Der Aufsicht der verhafteten Arbeiterführer ist bisher noch unbekannt; die als Kommunisten bekannten wurden auf das rechte Rheinufer abgeschoben.

**Turnverein Idstein.**

Samstag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr  
**General-Versammlung**  
bei Mitglied Georg Hill, Bahnhof-Restaurant.

- Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über den Stand des Vereins.
  2. Neuwahl des Vorstandes.
  3. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
- Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vorstand.

Heute eingetroffen:

**Kochherde, Ofen,  
Kessel, Waffeleisen,  
Leiterwagen,  
Einkochgläser**  
sowie  
**Einkochapparate**  
mit Thermometer 24.— Mk.

**S. Goldschmidt.**

**Wagenladung  
Abfall-Scheitholz**

Buchen oder Tannen, per Raummeter frei Waggon hier, gesucht. Gest. Anerbieten an den Berl.

**Ein ordentlicher Junge,**  
der das Wagnerhandwerk erlernen will, gesucht von Wilhelm Müller, Wagnermeister,  
Kordenstadt.

**Zimmermädchen  
Hausmädchen**

gut empf., für dauernde Stelle sofort gesucht. Lohn 40 bis 60 Mark monatlich bei freier Station.  
**Hotel Quisisana, Wiesbaden.**

**Ein tüchtiges Mädchen**  
für Hausarbeit und Sonntags zum Mitbedienen der Gäste, bei gutem Lohn für sofort gesucht.  
Gasthaus „Zum Löwen“.



### Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

- Nach der Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 15. 7. d. J. sind folgende Höchstpreise festgesetzt:
- a) Roggen oder Gerste 415 M die Tonne, das sind 41.50 M je Dz. und 20.75 M je Ztr.
  - b) Weizen, Spelz (Dinkel, Fejen) Emer, Einhorn 465 M die Tonne, das sind 46.50 M je Dz. und 23.25 M je Ztr.
  - c) Kartoffeln für Lieferung nach dem 14. September 1919 125 M die Tonne, das sind 12.50 M je Dz. und 6.25 M je Ztr.
  - d) Raps 11.50 die Tonne, das sind 115.— M je Dz. und 57.50 M je Ztr.
  - e) Rübsen 1100 M die Tonne, das sind 110.— M je Dz. und 55.— M je Ztr.
  - f) Fenchel und Ravison 700 M die Tonne, das sind 70.— M je Dz. und 35.— M je Ztr.
  - g) Dotter 900 M die Tonne, das sind 90 M je Dz. und 45.— M je Ztr.
  - h) Robn 1250 M die Tonne, das sind 125.— M je Dz. und 62.50 M je Ztr.
  - i) Leinsamen 1000 M die Tonne, das sind 100.— M je Dz. und 50.— M je Ztr.
  - f) Hanfsamen 800 M die Tonne, das sind 80.— M je Dz. und 40 M je Ztr.
  - l) Sonnenblumenkerne 900 M die Tonne, das sind 90.— M je Dz. und 45.— M je Ztr.
  - m) Senfsaat 900 M die Tonne, das sind 90.— M je Dz. und 45 M je Ztr.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise. Sie gelten für den Verkauf durch den Erzeuger und schließen vorbehaltlich anderweiter Regelung durch den Reichsernährungs- bzw. Reichswirtschaftsminister die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, sowie die Kosten des Einladens daseibst ein.

Langenschwalbach, den 12. August 1919.

Der Landrat: von Trotha.

### Heu-Sicherstellung.

Von mir ist alles veranlaßt, um den Landwirten die geringen Heubestände zu erhalten und die für die Truppen benötigte Menge von auswärts zu kaufen. Aus diesen Mengen wird auch das Heu, welches einzelne Gemeinden liefern müssen, in Natura zurückerstattet. Fortan wird nur noch an das Lager Niedernhausen geliefert u. zwar auch nur dann, wenn unerwarteter Weise Störungen in der Einfuhr des Heues nach dort eintreten sollten. Soweit aber das Heu angefordert wird, muß es unbedingt und unverzüglich geliefert werden, da es sich um die Erfüllung einer von der französischen Verwaltung befohlenen Lieferung handelt.

Langenschwalbach, den 14. August 1919.

Der Landrat: von Trotha.

### Kartoffeln

werden Donnerstag, nachm. von 1 1/2—3 Uhr an der Spritzenremise Kaffeegasse ausgegeben. Bezugsscheine im Lebensmittelamt.

### Kriegsbrot.

Geschäfte, welche Kriegsbrot verkaufen wollen, können solches im Lebensmittelamt abholen lassen.

### Gemüse.

Weißkraut Pfd. 20 Pfg. (sauber gepußt)

Karotten Pfd. 20 Pfg.

werden Donnerstag, nachm. von 3—4 Uhr an der Spritzenremise, Kaffeegasse, verkauft. Bezugsscheine im Lebensmittelamt.

### Streulaub.

Freitag, den 22. d. Mts., wird an hiesige Viehbesitzer im städtischen Waldsdistrikt Frauwald wieder Streulaub abgegeben. Sammelpunkt vormittags 7 Uhr auf der Eisenbahnbrücke ober Gassenbach.

### Wasserleitung.

Bei der anhaltenden trockenen und heißen Bitterung wird wiederholt das Gießen in den Gärten und jede sonstige Vergeudung des Wassers verboten. Zuwiderhandelnde werden vom Wasserbezug abgeschlossen.

Idstein, den 20. Aug. 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

### Öffentliche Mahnung

zur Zahlung fälliger Steuern.

Die rückständigen Steuern für das 2. Vierteljahr 1919 (Juli, Aug. Sept.) sind bis zum 26. d. Mts. zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 27. d. Mts. die kostenpflicht. Zwangsbeitreibung.

Idstein, den 18. August 1919.

Die Stadtkasse.

### Kau- u. Rauchtobak

sowie Gurken empfiehlt Jak. Pfaff.

Für sofort 1 bis 2 tüchtige, ehrliche

### Ackerknechte

gesucht.

Heinrich Rappus 3.

Inh.: Wilh. u. Heinr. Rappus.

### Baugewerkschüler

sucht Zimmer mit guter Kost, mögl. z. Alleinwohnen f. komm. Semester. Ang. u. Nr. 1150 an den Berl. der Idst. Ztg.

Solider Eisenbahner (Witwer), 37 Jahre alt, kath., mit 3 Kindern im Alter von 7, 9 und 11 Jahren, mit etwas Vermögen, sucht pass. Lebensgefährtin. Witwe mit 1—2 Kindern nicht ausgeschlossen. Offerten unter Nr. 1180 an den Berl. der Idst. Ztg.

## Niedernhausen und Umgegend.

### Zahnpraxis

Karl Bietz, Dentist — Helene Krug, Dentistin

NIEDERNHAUSEN

Villa „Daheim“

Schöne Aussicht 86.

### GESCHÄFTS-ERÖFFNUNG

MONTAG, den 18. August 1919.

### Sprechstunden

von 9—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags.

Sonntags von 9—12 Uhr vormittags.

### Empfehle

## Rezgläser u. Apparate

Emaill- und verzinkte Waren in nur bester Ausführung.

Praktische Haushalts- und Geschenkartikel in

Steingut, Porzellan, Glas, Aluminium und Keramik.

Tassen  
Teller  
Schüsseln  
Platten  
Becher  
Wasserflaschen  
Honiggläser

Wäschgeschirre  
Eimer  
Wannen  
Urinflaschen  
Leuchter  
Nachtöpfe  
Rehrschaukeln

Brotkasten  
Brotkörbe  
Wasserkessel  
Trichter  
Blumenvasen  
Essenkannen  
Kuchenformen

Schöpf- u. Schäumlöfel  
Kochtöpfe  
Kasserollen  
Seiher  
Weingläser  
Biergläser  
Sturmlaternen

Lampenzylinder in allen Größen.

## Christian Junior, Himmelsgasse 3.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir hiermit allen herzlichsten Dank.

Oberseelbach, den 18. August 1919.

Christian Schneider u. Frau,  
Luise geb. Feiz.

### Nicht jeden Tag



Schutzmarke

brauchen die Schuhe mit Strem behandelt zu werden, wenn man

Dr. Gentner's  
Delwachslederpuß

## Nigrin

benutzt, denn er ist sehr ausgiebig u. der Glanz lange haltbar. Bei trock. Wetter Staub entfernen und mit weichem Lappen nachreiben.

### Eingetroffen:

neues Sauerkraut

neue Salzgurken.

Wilh. Kornacher

Colonialw. u. Delikatessen

Idstein

Bahnhofstr.

## Mädchen

bei gutem Lohn möglichst sofort gesucht. Näh. im Berl. der Idst. Ztg.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der langen Krankheit, bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen

### Johanna Großmann,

insbesondere Herrn Lehrer Biese für den Gesang mit den Schulkinder, den Schulkameradinnen und Kameraden für die Niederlegung eines Kranzes, sowie für die vielen Blumen- und Kranzspenden sagen wir unseren innigsten Dank.

Wörldorf, den 18. August 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
Familie Friedr. Großmann Wwe.

### Einige Waggons

## Brennholz

geschnitten oder ungeschnitten  
zu kaufen gesucht.

Gest. Offerten mit Preis erbitten

Bereinigte Kohlenkassen Hattersheim a. M.

Suche für rasch entchl. Käufer

## Villen, Landhäuser, Güter

in allen Größen und Preislagen

sofort zu kaufen.

Friedrich Geißelbrecht,

Frankfurt a. M.,

Kaiserstraße 23.

Tel. Römer 568 u. 569.

## 2 jüngere Wagnergefellen

zu sofortigem Eintritt gesucht.

Julius Köller, Niedernhausen.